



Gesprächsrunde mit Vertretern von **Polizei, Feuerwehr und DRK**: Der CDU-Bundestagsabgeordnete Oliver Grundmann und sein Landtagskollege Dr. Marco Mohrmann (CDU) suchten im Bremervörder Polizeikommissariat das Gespräch mit den Einsatzkräften. Foto: Bick

# Einsatzkräfte reden Klartext

Oliver Grundmann und Marco Mohrmann suchen Gespräch mit Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst

Von Theo Bick

**BREMERVÖRDE.** Wo drückt den Einsatzkräften in der Region der Schuh? Der Bundestagsabgeordnete Oliver Grundmann (CDU) und der Landtagsabgeordnete Dr. Marco Mohrmann (CDU) machten auf ihrer Sommertour Station im Bremervörder Polizeikommissariat und wollten es genau wissen. Gemeinsam mit Vertretern der Bremervörder CDU diskutierten die beiden Abgeordneten mit Mitgliedern von Polizei, Feuerwehr und DRK über eine Vielzahl an Themen. Neben den Herausforderungen der Corona-Pandemie besonders im Fokus: Clankriminalität und mangelnder Respekt gegenüber den Einsatzkräften.

Er suche den Kontakt mit denjenigen, „die den Kopf hinhalten in unserer Gesellschaft“, begründete Grundmann seine Motivation für die Teilnahme an der von seinem Wahlkreisbüro organisierten Gesprächsrunde. Gleich zu Beginn des Gesprächs bemängelte Grundmann, dass die Akzeptanz einiger Bevölkerungsteile vor Polizei-, Hilfs- und Rettungskräften abgenommen habe. Die Demonstranten am 1. August in Berlin bezeichnete Grundmann als „Irre auf der Straße“ und „vollkommen Verrückte“.

Bremervördes Polizeichef Gerd Groeneveld zeigte sich besorgt. Einige der Demonstranten kämen aus der „Mitte der Gesellschaft“. Die Frage sei daher, wie lange die Regeln noch breite Akzeptanz fänden. Für umso wichtiger hält Groeneveld die richtige Balance zwischen Maßnahmen und Freiheiten. Zwar herrschten in Bremervörde und umzu keine vergleichbaren Verhältnisse, doch der mangelnde Respekt gegenüber den Einsatzkräften schwäche allmählich auch in den ländlichen Raum, sagte Grundmann und verwies auf die Vorfälle am Wochenende in Buxtehude (BZ berichtete).

Allgemein bestand Einigkeit darüber, dass die Herausforderung Corona im Raum Bremervörde bis zum jetzigen Zeitpunkt gut gemeistert worden sei. Dr. Marco Mohrmann lobte: „Die Leute in der Region waren wirklich sehr diszipliniert und vorsichtig.“ Die vergleichsweise gute Situation in der Region sei ein Erfolg der Bürgerinnen und Bürger.

Bürgermeister Detlev Fischer machte zudem die „unkomplizierte und pragmatische“ Zusammenarbeit mit Polizei und Ordnungsämtern verantwortlich.

Die kommunale Zusammenarbeit zwischen Polizei und Ordnungsämtern habe sich insgesamt gut entwickelt, pflichtete Groeneveld bei. Sein Appell: „Es ist die Aufgabe von Ordnungsämtern und Bürgermeistern, das Thema anzufassen.“ Noch nicht in jedem Rathaus sei diese Botschaft gleichermaßen angekommen.

Eine immer wieder diskutierte Erhöhung von Corona-Bußgeldern hält Groeneveld hingegen für „völlig kontraproduktiv“. Das würde die Menschen, die sich nach Verstößen in der Regel stellen und einsichtig zeigten, bloß entfremden, wenn gleichzeitig bei Situationen wie der Demo in Berlin nicht durchgegriffen werde.

Dringend gewünscht wird von allen Seiten eine Neuformulierung und vor allem Vereinfachung der Corona-Verordnung. „Die Verordnung, so wie sie gestrickt ist, ist nicht in Ordnung“, sagte Dr. Marco Mohrmann, als Landratsabgeordneter ganz entscheidend an der Ausarbeitung beteiligt. Die Verordnung müsse dringend praktischer und kürzer werden und sich auf die Alltagsfragen der Menschen konzentrieren. Polizeichef Groeneveld stimmte zu. Nicht nur, weil die Polizei die zahlreichen Fragen der Bürgerinnen und Bürger zum Thema Corona korrekt beantworten können wolle, sondern auch, weil es im Einsatzfall für die Polizeiarbeit klare Regeln brauche.

Klarheit vonnöten sei bei den Begründungen für coronabedingte Einschränkungen bemängelte der Bremervörder CDU-Politiker Marco Priezt. Ständig seien neue Kriterien (Reproduktionszahl, Fallzahlen) für die Rechtfertigung und Aufrechter-

haltung der Corona-Auflagen genannt worden. Das sei Stoff für Verschwörungserzähler. „Der Staat muss von Kopf bis Fuß mit einer Sprache sprechen“, sagt Priezt, der sich ebenfalls um die Akzeptanz des Staates und seiner Diener sorgt. Als Bürger sei er regel-

recht entsetzt zu sehen, wie egal vielen Menschen ein Blaulicht sei, bekannte der Bewerber um den Landratsposten.

Mehrfach bemängelt wurden sowohl von Einsatzkräften als auch den anwesenden Politikern die Äußerungen der SPD-Partei-vorsitzenden Saskia Esken, die auch der deutschen Polizei öffentlichkeitswirksam ein Rassistproblem unterstellt hatte. Die deutsche Polizei sei „komplett anders aufgestellt“ als die amerikanische, betonte Groeneveld. Die politische Rückendeckung sei dennoch nicht von allen Seiten gegeben, bemängelte Frank Pingel. Dabei gehöre die Anerkennung der „Autorität der Staatsorgane“ zu den Grundspielregeln einer Gesellschaft, die ein liberales Zusammenleben ermögliche, so Mohrmann.

Neben dem deutschlandweit in die Schlagzeilen geratenen Vorfall am Rande des „Eisdiele-Unfalls“ habe die Bremervörder Polizei immer mal wieder mit der Clanthematik zu tun – zuletzt etwa in Oerel, erläuterte Groeneveld. Im Moment herrsche zwar eine gewisse Ruhe, dafür sei man im Frühjahr jedoch auch massiv mit Polizeikräften vor Ort aufgetreten.

## Bürokratie setzt hohe Hürden

Einen Eindruck davon, wie die tägliche Arbeit der Polizei durch immer höhere bürokratische Hürden beeinträchtigt wird, lieferte Tanja Schröder vom Kriminalermittlungsdienst. Seit 30 Jahren arbeite sie bei der Polizei, doch mittlerweile verbringe sie gut 80

Prozent ihrer Arbeitszeit im Büro. Im aktiven Dienst machten häufig realitätsferne Vorschriften den Beamten das Leben schwer. Beispielsweise seien die zu dokumentierende Übergabe und Erläuterung von komplizierten Belegungsformularen bei der Kontaktauf-

nahme zu Jugendlichen im Einsatz, ein für die Beamten frustrierendes und aufwendig zu dokumentierendes Arbeitszeiterfassungssystem oder zeitintensive Belegungsgespräche mit hinzugezogenem Dolmetscher, nur um zu erfahren, dass die zu befragende Person ohnehin gar nicht aussagen möchte.

## Wünsche der Feuerwehr

Bremervördes Stadtbrandmeister Nils Schwarz brach eine Lanze für die Feuerwehren, die dank des Dienst- und Hygienekonzeptes seit Kurzem wieder an den Geräten üben können. Ähnliches konnte der Bremervörder DRK-Präsident Frank Pingel über die ehrenamtlichen Bereitschaften des Roten Kreuzes vermelden. Allein gelassen gefühlt, so Schwarz, habe sich die Feuerwehr unter anderem bei der Beschaffung von Pandemie-Schutzaurüstung.

Bauchschmerzen bekomme er aus Sicht der Feuerwehr, so Schwarz, wenn er an die zurückgehenden Einnahmen von Bund und Land und Kommunen denke. Grundmann versicherte: „Wir stehen hinter den Einsatzkräften.“ Natürlich müsse wegen Corona die ein oder andere geplante Ausgabe auf ihre Notwendigkeit überprüft werden. „Die wirtschaftlichen Verwerfungen sehen wir ja noch gar nicht so richtig. Aber mit Sicherheit wird es keine Einsparung bei den Einsatzkräften“, versprach der Bundestagsabgeordnete. Marco Mohrmann kündigte an, er werde einige ganz konkrete Arbeitsaufträge mit nach Hannover nehmen.

» Kerstin Dreyer berichtete den sichtlich berührten Diskussionsteilnehmern von der emotional hochgradig belastenden Ermittlungsarbeit im Bereich der **Kinderpornografie**. Aus Ermittlersicht seien nicht nur die zu sichtenden Bilder und Videos belastend, sondern auch die Tatsache, dass gegen die sichergestellten Datenmenüen nicht anzukommen sei. „So macht man Kollegen krank“, sagte Dreyer. Es brauche dingend mehr Personal für die Ermittlungen oder Änderungen bei der Ermittlungsarbeit. Täter, die so etwas machten, gehörten bestraft, sagte Dreyer. „Aber das geht nur mit Personal und harter Arbeit.“

» Eine weitere Schwierigkeit: Wie einfach sich strafrechtlich relevantes Material verbreitet. Als Beispiel führte Dreyer WhatsApp-Gruppen an, über die bis zu 500 Jugendliche Pornos, Gewaltvideos und Ähnliches teilen. Die mit diesem Verhalten verbundene Problematik sei Jugendlichen zum Teil gar nicht mehr zu vermitteln. Bremervördes Polizeichef Gerd Groeneveld machte sich für eine verstärkte Präventionsarbeit in diesem Bereich stark. Das Smartphone-Nutzungsverhalten – mehrere Stunden am Tag und sogar nachts – sei schon bei vielen Dritt- und Viertklässlern erschreckend.



Im Dachgeschoss des Sparkassengebäudes wurde intensiv diskutiert.